

ENTWURF FÜR EIN

47

AKTIONS- PROGRAMM

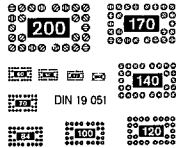
DER



Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher†

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

C 00 - 02134



Politik in Dortmund

24 - 29. Sept. 1952

Inhaltsverzeichnis

1. Auflage		2. Auflage	
	Seite		Seite
Vorwort	1	Vorwort	1
Einleitung	2	Einleitung	2
Außenpolitik		Außenpolitik	
Sicherung des Friedens in Freiheit	3	Sicherung des Friedens in Freiheit	3
Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte	4	Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte	4
Berlin wieder Hauptstadt	5	Berlin wieder Hauptstadt	5
Innenpolitik		Innenpolitik	
Die freiheitliche Republik	5	Die freiheitliche Republik	5
Freie Gemeinden im freien Volksstaat	6	Freie Gemeinden im freien Volksstaat	6
Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk	7	Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk	7
Gleichberechtigung in der Wirtschaft	7	Die Ehrengeld des deutschen Volkes	7
		Demokratie auch in der Wirtschaft	7
Wirtschaftspolitik		Wirtschaftspolitik	
Planung und Freiheit in der Wirtschaft	8	Planung und Freiheit in der Wirtschaft	8
Sozial gerechte Steuern	10		
Landwirtschaft und Ernährung	11	Das Handwerk in der Wirtschaft	12
Das Handwerk in der Wirtschaft	12	Landwirtschaft und Ernährung	12
		Gesunde Wohnungen für alle	13
Sozialpolitik		Finanz- und Steuerpolitik	
Soziale Sicherung	15	Soziale Sicherung	15
		Vertriebenenpolitik	
Gesunde Wohnungen für alle	17	Lastenausgleich	17
Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe	17		
Für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft	19	Kulturpolitik	
Jugend — Familie — Erziehung		Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwort- ung	22
Das Recht der Jugend	19	Frau und Familie	23
Frau und Familie	20	Das Recht der Jugend	23
Erziehung zu Freiheit und Toleranz	21	Schlusswort	24



Endgültig
Einschätzung
Kritik
Lösung

Vorwort

Das Vorwort wurde unverändert übernommen

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Dazu war nach ihrer Meinung notwendig, die Zusammenarbeit mit den anderen freiheitlichen Faktoren in der Welt anzustreben, unter keinen Umständen aber die Deutschen in die Position der Unterworfenen sinken zu lassen.

2. In der deutschen Sozialdemokratie lebte die Erkenntnis Léon Blums: „Es gibt kein freies Proletariat in einem geknechteten Volk. Es gibt keine freien Menschen, wenn nicht alle Menschen frei sind, und es gibt kein freies Vaterland, wenn nicht alle Vaterländer frei sind.“

3. Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.

4. Wenn man heute in Deutschland so tut, als ob alles, was seit 1945 geschehen ist, das Ergebnis der Tätigkeit der Bundesregierung sei, dann muß hier festgestellt werden: In den Jahren von 1945 bis 1949 hat es noch keine Bundesregierung gegeben, und damals sind die entscheidenden Stellungnahmen der Deutschen erfolgt. Fast immer war es die Sozialdemokratie allein, die hier eindeutig Stellung genommen hat.

5. Die Sozialdemokratie erklärte bereits 1945, daß sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkenne.

6. Bei der Abwehr des Bemühens der sowjetischen Besatzungsmacht, die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu erzwingen, hat die Sozialdemokratie diesen Abwehrkampf allein geführt, ohne daß ihr von irgendeiner Seite dabei Hilfe zuteil geworden wäre.

7. Die Sozialdemokratie war sich stets darüber klar, daß ihre Abwehr des östlichen Totalitarismus und die gelungene Gesinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie nur dann möglich und von dauerndem Erfolg sein würde, wenn sie diese Abwehr aus einem demokratischen und nationalen Selbstbewußtsein heraus führt. Die Politik der deutschen Demokratie darf nicht eine Funktion der westlichen Besatzungsmächte sein.

8. Die Probe auf das Exempel war die Schaffung des Grundgesetzes 1949. Wenn es nach dem Erkenntnisvermögen und der Haltung der Parteien gegangen wäre, die heute die Bundesregierung bilden, vor allem der CDU/CSU und der DP, dann wäre ein neuer Rheinbund entstanden, wie ihn mindestens zwei der drei westlichen Alliierten gewollt haben. Nur durch die Sozialdemokratie ist ein Grundgesetz zustande gekommen, das diese Bundesregierung überhaupt erst funktionsfähig gemacht hat.

9. Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben. Die Politik der Bundesregierung geht dahin, die Mitwirkung des Volkes nach Möglichkeit auszuschalten. Die Politik der Sozialdemokratie will die Aktivierung der Menschen bei der Gestaltung ihres Schicksals. Die Bundesregierung versucht, die parlamentarische Demokratie in der Praxis auszuschalten und den autoritären Verwaltungsstaat zu etablieren. Heute ist bereits das Existenzrecht des Parlaments bedroht.

10. Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewußtsein und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein. Die Stärke der Freiheit ist nicht nur in Divisionen zu sehen.

11. Die freie Entscheidungsfähigkeit der Deutschen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, und der Wille zur internationalen Zusammenarbeit, auf dem Boden tatsächlicher Gleichberechtigung sind für die sozialdemokratische Politik bestimmend. Hier lassen sich Innen- und Außenpolitik nicht trennen.

12. Es ist eine verantwortungslose Propagandaparole, heute zu behaupten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung dieselbe Politik machen würde wie die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Voraussetzungen aus und strebt auf anderen Wegen auch anderen Zielen zu. Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nabziel.

Kurt Schumacher

Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Handwritten signature: C. Schumacher

13. Die ganze Konzeption der SPD geht davon aus, daß die Zukunft des deutschen Volkes auf seiner Leistungskraft beruht. Zweimal in einer Generation hat der deutsche Arbeiter die Trümmerberge wegräumen müssen, die eine weltwichtige Mission hinterließ. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler mußten immer wieder mit vorbildlicher Leistung das Ansehen des deutschen Volkes zurückerobern, das durch nationalstatischen Größenwahn versperrt worden war.

14. Die deutsche Jugend darf nicht das Gefühl bekommen, daß die Demokratie verknüpft sein soll mit nationaler Niederlegung.

15. Darum sind wir aus nationalen Notwendigkeiten die Feinde des Klassenkampfes von oben, der heute in Deutschland alle Ansätze zu einer wirklichen Gemeindefortschritt zerstört. Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muß gebrochen werden, um die Bahn freizubekommen für eine Entwicklung der freien Menschen und Staatsbürger und der Freiheit der Nation.

16. Als das große nationale Ziel der Gegenwart sieht die Sozialdemokratie die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden an. Sie wird jeden Versuch ablehnen, die Versöhnung von Teilen Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Wir wollen die Gemeinschaft, jede Gemeinschaft heisst für uns aber mit der Gemeinschaft mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Saargebietes.

17. Alles, was bisher in den einzelnen Teilen Deutschlands geschehen ist, hat nur provisorischen Charakter. Die Provisorien können nichts Definitives für das ganze deutsche Volk schaffen. Nur das vereinte deutsche Volk ist dazu berechtigt, die endgültigen Formen seiner Politik und seiner Wirtschaft mit dem Blick nach vorn zu bestimmen und zu gestalten.

18. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entscheidung eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

19. Wir haben der Bundesregierung verschiedene Male mit ganz konkreten Vorschlägen eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Unsere Vorschläge sind von der Bundesregierung und ihren Parteien stets mit größerer Eile als von den Alliierten selbst abgelehnt worden, und zwar immer dann, wenn es um die tatsächliche nationale Gleichheit bei internationalen Vereinbarungen ging. Diese Vereinbarungen der nationalen Gemeinschaft in der Außenpolitik durch die Bundesregierung und ihre Parteien erfolgte aus klassenegoistischen Motiven.

20. Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist darum die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

21. Die Sozialdemokratische Partei sieht ihre Aufgaben darin, die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten zu sein. Internationalität ist die Zusammenarbeit tatsächlich gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Die Sozialdemokratie bekennt sich wie immer, so auch heute zu dieser Internationalität. Sie lehnt deshalb die nationale Selbstangabe ab, die jetzt den Deutschen auch von den Deutschen zugemutet wird. Die Sozialdemokratie weigert sich, die arbeitenden Menschen die Schuld büßen zu lassen, die der Großbesitz vor und nach 1933 auf sich geladen hat.

22. Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich ihm von dem Irreführenden übermüt der Vergangenheit und der heute weitverbreiteten Meinung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung europäischer Gesinnung zu sehen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.

Kurt Schumacher

Lebendige Demokratie und echtes Staatsgefühl verlangen die ständige Teilnahme der Bürger an den Dingen des Staates. Diese Teilnahme setzt voraus, daß das neue deutsche Parlament die grundlegenden Entscheidungen der Regierung mitzubestimmen vermag. Eine sozialdemokratische Regierung wird im Parlament nicht nur den Gesetzgeber sondern einen ständigen Berater und Kritiker sein. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung schaffen, die es den Menschen gestattet, von bloßen Objekten wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen zu Gestaltern ihrer Lebensordnung zu werden. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich nach innen und außen so verhalten, daß ihr Tun vom deutschen Volk ohne Vorbehalt auf Selbstachtung bejaht werden kann.

Außenpolitik Sicherung des Friedens in Freiheit

23. Das oberste Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik ist die Sicherung des Weltfriedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität. Die Pläne einer konservativ-kapitalistischen Federation Kleinsteuropas, der sechs Schumanplanländer, lehnt sie ab, da sie eine demokratische Einigung und Entwicklung Europas hindern. Für die europäische Zusammenarbeit müssen Formen gefunden werden, die auch England und Skandinavien die Teilnahme ermöglichen.

24. Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch Verhandlungen über freie Wahlen in allen Besatzungszone und in Berlin. Die SPD kämpft für das Zustandekommen von Wahlen und für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland, dessen freigeählte Regierung als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen und Entscheidungen teilnehmen soll. In diesem Friedensvertrag muß auch über die deutschen Grenzgebiete entschieden werden. Die einseitige Sicherung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, erkennt die SPD nicht als rechtmäßig an.

25. Die SPD war auch in der Opposition stets bereit, diese Ziele, die ein Anliegen aller Deutschen sein sollten, gemeinsam mit der Regierung zu verwirklichen. Die Bundesregierung aber hat einen anderen und verhängnisvollen Weg eingeschlagen. Ihre Verträge mit den Westmächten führen Besatzungsrecht als Vertragsrecht fort. Sie bedeuten den Verzicht auf die Gleichberechtigung und gefährden die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit.

26. Der Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat ist, wie die SPD vorausgesetzt hat, als De-facto-Anerkennung der Lösung des Saargebietes von Deutschland gewertet worden.

27. Der Abschluß des Paktes über die Montanunion (Schumanplan) hat die deutsche Kohle- und Stahlproduktion den Entscheidungen einer Hohen Behörde ausgeliefert, die einer demokratischen Kontrolle nicht untersteht.

28. Der Generalvertrag hat die Gleichberechtigung Deutschlands nicht wiederhergestellt. Die letzte Verfügungsgewalt liegt nach wie vor bei den Alliierten. Zudem ist der Generalvertrag verknüpft mit der Verpflichtung der Bundesrepublik zum

29. Eintritt in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Deutschland ist auch in dieser Gemeinschaft nicht gleichberechtigt. Sie ist der Atlantikpakt-Organisation (NATO) untergeordnet, der Deutschland nicht angehören soll, weil es noch territoriale Forderungen erhebt.

30. Durch dieses Vertragssystem hat die Bundesregierung das Saargebiet preisgegeben und damit den Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße moralisch geschwächt. Sie hat die Gleichberechtigung der Bundesrepublik nicht erreicht

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik ist die Sicherung des Friedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität. Satzverhältnisbestimmungen, die praktisch nur zu Lasten Deutschlands gelten, lehnt sie ab.

Die SPD bekämpft die Pläne einer konservativ-kapitalistischen Federation Kleinst-Europas, der sechs Schumanplan-Länder, da sie eine demokratische Einigung und Entwicklung Europas hindern. Europa darf nicht auch in Westen gespalten werden. Die SPD wird darum jede Initiative ergreifen und unterstützen, die geeignet ist, Großbritannien und Skandinavien die jeweils engste Verbindung mit den kontinentalen Nationen zu ermöglichen. Sie setzt sich für eine Gesamtmitbestimmung bei der Vollbeschäftigung, der Hebung des Lebensstandards und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein.

Im Zuge der Neugestaltung Europas ist die vordringlichste Aufgabe die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie kann nur durch freie Wahlen in allen Besatzungszone und in Berlin verwirklicht werden. Die SPD wird sich darum unabhängig um die Schaffung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen bemühen. Allein aus ihnen kann eine freie gesamtdeutsche Regierung hervorgehen, die als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag teilzunehmen hat. Die einseitige Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die SPD erkennt sie nicht an.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird nicht nur in der Außenpolitik, sondern in der Sache selbst einen von der Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung verschiedenen Weg einschlagen.

Durch ihr Vertragssystem hat die Bundesregierung das Saargebiet in Gefahr gebracht und damit auch den Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße geschwächt. Sie hat ohne ersichtlichen Widerstand die Verweigerung der Gleichberechtigung für die Bundesrepublik als Grundlage des politischen und rechtlichen Status Deutschlands hingenommen und ist dadurch geschaffene Zweitrangigkeit Deutschlands zum Inhalt von Verträgen gemacht, die das deutsche Volk für 50 Jahre binden sollen. Durch die Unterzeichnung des Generalvertrages und des EVG-Abkommens hat sie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands untragbar erschwert und die Bundesrepublik in ein einseitiges Leistungsverhältnis zum Atlantik-Pakt gebracht, wobei die Grundlagen für ihre Sicherheit nicht gewährleistet sind.

Die SPD lehnt die dieses Vertragssystem ab und kämpft für die radikale Revision der Verträge, die die deutsche Revision der abgeschlossenen Verträge durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen. Die SPD strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird jede Initiative zu internationalen Vereinbarungen ergreifen und unterstützen,

und würde durch die Ratifizierung des Generalvertrages und des EVG-Abkommens die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unerträglich erschweren. Denn die Wiedervereinigung Deutschlands wäre danach nur möglich, wenn die russische Besatzungszone ebenfalls in das westliche Verteidigungssystem einbezogen würde.

31. Die SPD bekämpft daher dieses Vertragssystem. Sie wird die Revision der abgezeichneten Verträge kämpfen und die Ratifizierung der anderen zu verhindern suchen.

32. Die SPD ist sich der Gefahren russischer Expansionspolitik bewußt. Aber die Erfolge dieser Politik sind mehr im Kalten Kriege erlangt worden als durch militärische Eroberungen. Die militärische Macht des Ostens wird durch das überlegene Kriegspotential des Westens weitgehend in Schach gehalten. Der Kalte Krieg aber kann durch eine deutsche Aufrüstung nicht für den Westen entschieden werden. Der wichtigste Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg ist die Festigung der demokratischen Gemeinschaft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit.

33. Nur wenn die demokratischen Kräfte in allen Ländern erstarken, kann der Westen auch das einseitige moralische Übergewicht über totalitäre Ideologien und Machtansprüche erhalten.

34. Die SPD bekennet sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Jedem totalitären System sagt sie mit stalinistischen Parteien. Aber sie bekämpft mit aller Schärfe Bemühungen, faschistische Kräfte in die Einzelstaaten einzubeziehen. Sie will Beziehungen zu allen Völkern aufbauen und entwickelt enge freundschaftliche Bindungen in Solidarität mit allen, die Ideale der Demokratie nicht verfechten oder um ihre Freiheit aus kolonialer Abhängigkeit kämpfen müssen.

35. Die SPD ist überzeugt, daß nur eine solche Politik für Deutschland, Europa und die Welt Wohlfahrt und Frieden garantiert.

Geändert oder fortgefallen sind: Absatz 25, 26, 27, 28, 29, 31, 33.

Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte

36. Den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen muß im Geiste der Menschlichkeit geholfen werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Abwendung des Schicksals aller Vermißten und Verschollenen. Sie unterstützt die Bemühungen um eine großzügige Amnestie und um Gnadenbeweis für die verurteilten kriegsgefangenen Deutschen. Die menschenswürdige Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Förderung der auf diesem Gebiet wirkenden humanitären Organisationen betrachtet die SPD als eine politische Aufgabe der Bundesrepublik.

37. Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln oder Faustpfand gefangengehalten werden, um für die Forderungen von Politik und Diplomatie zu büßen. Die Nachwirkungen von Kollektivschuldgefühlen müssen im Interesse der Menschlichkeit wiedergemacht werden. Alle von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme nationaler, völkerrechtlich erfahrener und anerkannter Persönlichkeiten zu überprüfen. Sühnen sollen nur die Gefangenen und Internierten; die sich gegen zur Zeit der Tat geltende Gesetze verhalten haben.

38. Die von den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen nach Abschluss der Kriegshandlungen in der Gemeinschaft vollbrachten Arbeitsleistungen sind als Teil der deutschen Reparationsleistungen anzuerkennen. Die SPD unterstützt die Forderung der Helmkehrer auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung und steht darin eine der Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der Helmkehrer und zu ihrer Eingliederung. Die Zusammenführung betroffener Kriegsfamilien, verschleppter und internierter Zivilpersonen mit ihren Familien ist mit allen Mitteln zu fördern.

mit denen die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung gefördert und intensiviert werden kann. Das vorläufige Ziel ist hierbei der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelschranken und der Wiederaufbau eines internationalen Währungssystems. Die SPD kennt die tödlichen Gefahren, die ganz Europa durch die sowjetische Politik bedrohen, deren Instrument heute der Kalte Krieg ist. Dieser Kalte Krieg muß gewonnen werden, weil auf die Dauer nur so eine neue Weltkatastrophe verhindert werden kann. Die vorgesehene deutsche Aufrüstung fördert dieses Ziel nicht; sie gefährdet es, weil sie den wirksamsten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg, nämlich die Festigung der demokratischen Widerstandskraft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit, unmöglich zu machen droht.

Die SPD bekennet sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie weder im ganzen noch in einzelnen ein Zusammengehen mit den Hilfsgruppen des östlichen Totalitarismus. Mit aller Schärfe bekämpft sie Beziehungen, faschistische Kräfte in die Freiheitstrot einzuweichen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird normale Beziehungen zu allen Staaten unterhalten. Die SPD erstrebt die Solidarität aller Nationen. Darum wird sie sich um freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu allen Kräften bemühen, die die demokratische Freiheit zu verteidigen bereit sind.

Die SPD wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zu Selbstbestimmung und sozialem Aufstieg zu verhelfen. Diese Politik wird Deutschland und Europa Wohlfahrt und Frieden bringen.

Im Abschnitt Sicherung des Friedens in Freiheit sind neu oder erheblich geändert: Absatz 2, 5, 6, 7, 8.

Der ganze Abschnitt ist unverändert.

Berlin wieder Hauptstadt

39. Berlin muß wieder die Hauptstadt; Deutschlands werden. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der unkampfte Vorposten der Demokratie. Die Sicherung seiner Freiheit und der Aufbau seiner Wirtschaft sind eine gesamtdeutsche Verpflichtung. Berlin ist auf die Garantien der Westmächte angewiesen, aber auch darauf, daß seine besondere Lage durch die Bundesorgane genügend berücksichtigt wird.

40. Aus Gründen der Außenpolitik ist Berlin leider noch nicht voll in die Bundesrepublik eingegliedert. Bundesrecht muß jedoch in Berlin ebenso gelten wie in jedem anderen Land. Wo durch die Angleichung an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes ein Abbau sozialer Errungenschaften und fortschrittlicher Regelungen in Berlin erfolgte, wird ein Ausgleich durch die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Neugestaltung der gesamten Bundespolitik geschaffen werden.

41. Berlin kann seine gesamtdeutsche Aufgabe nur dann erfüllen, wenn es seinen Massenarbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Um die Massenarbeitslosigkeit in Berlin zu überwinden, muß man die vorhandenen Produktionskapazitäten ausnutzen, neue Industrien schaffen und den sozialen Wohnungsbau fördern.

42. Bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden muß Berlin berücksichtigt werden. Es muß durch Auflagen dafür gesorgt werden, daß die private Wirtschaft ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommt. Am Außenhandel und am Innenzöhlhandel ist die Berliner Wirtschaft stärksten zu beteiligen.

43. Mehr als bisher müssen Bundesbehörden nach Berlin verlegt werden. Die Sorge des Bundes hat auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors zu gelten. Auf kulturellem Gebiet muß alles gefördert werden, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung in der Sowjetzone erhält.

44. Gegen das Unverständnis und Zögern maßgeblicher Kreise hat die SPD mit Erfolg für die Eingliederung Berlins in den Bund gekämpft. Sie fordert, daß die Berliner Abgeordneten zum Bundestag direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten.

45. Die SPD erwartet, daß die besatzungsrechtlichen Bestimmungen in Berlin den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Der SPD gilt Berlin heute wie gestern als Hauptstadt Deutschlands. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der Vorposten der Demokratie.

Eine sozialdemokratische Regierung wird Berlin in jeder Hinsicht als Bundesstadt behandeln. Solange Berlin infolge des Einpuders der Alliierten noch nicht voll in die Bundesrepublik eingegliedert ist, tritt die SPD dafür ein, daß Bundesrecht in Berlin ebenso gelten muß wie in jedem anderen Land. Soweit durch die Angleichung an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes ein Abbau sozialer Errungenschaften und fortschrittlicher Regelungen in Berlin erfolgte, wird ein Ausgleich durch die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Neugestaltung der Bundespolitik geschaffen werden.

Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten. Eine sozialdemokratisch besetzte Bundespolitik wird dafür sorgen, daß Berlin seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Sie wird die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten ausnutzen, die Berliner Wirtschaft ausbauen und den sozialen Wohnungsbau fördern.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Berlin bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden maßgebend berücksichtigen. Sie wird dafür sorgen, daß die Wirtschaft ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommt. Am Außenhandel und am Interzonenhandel soll Berlin stärksten beteiligt werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird im stärkeren Maße als bisher Bundesbehörden nach Berlin verlegen. Ihre Sorge wird auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors gelten. Auf kulturellem Gebiet wird alles fördern, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung und der Sowjetzone erhält. Sie wird sich weiterhin bemühen um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschleppten in der Sowjetzone bemühen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dem Flüchtlingsproblem in Berlin besondere Aufmerksamkeit widmen. Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit wird eine sozialdemokratische Bundesregierung für eine Stärkung der politischen und staatsrechtlichen Stellung Berlins bei außenpolitischen Verhandlungen sorgen.

Im wesentlichen unverändert.

Innenpolitik Die freiheitliche Republik

46. Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der religiösen und politischen Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die allgemeine Grundrechtsregeln des Völkerrechts sind Bestandteile des Bundesrechts.

47. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die politische und staatsrechtliche Einheit Deutschlands. Die gesamtdeutsche Republik muß ein Bundesstat mit einheitlicher Regierungsgewalt sein.

48. Bei der im Grundgesetz vorgesehene Neugliederung des Bundesgebietes sollen leistungsfähige und in sich ausgeglichene Länder geschaffen werden.

49. Bei den Beratungen zum Grundgesetz gelang es nicht, die politischen Kräfte Deutschlands zu einer starken Bundesgewalt zusammenzuführen. Die parlamentarischen Kräfte fanden die Unterstützung der Alliierten, die in einer starken Bundesgewalt eine Gefährdung ihrer europäischen Vormachtstellung erblickten. Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands muß die provisorische Verfassung der Bundesrepublik den Aufgaben angepaßt werden, die sich aus den politischen Notwendigkeiten und den Erfordernissen einer leistungsfähigen Verwaltung ergeben.

Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der religiösen und politischen Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die Politik der Sozialdemokratie hängt dafür, daß im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu verächtlich. Die deutsche Republik muß ein Bundesstat mit einheitlicher Regierungsgewalt sein.

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird die Aktionsfähigkeit der provisorischen Bundesrepublik gestärkt und erweitert werden. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Verwaltung demokratisieren und einfach, klar und übersichtlich aufbauen. Soziale Errungenschaften dürfen durch eine Verwaltungsumform nicht angetastet werden.

Geändert: Abs. 46, 48, 49. Fortgefallen: Absatz 51 und 52.

50. Die SPD fordert die Demokratisierung der Verwaltung und einen ethischen, klaren und übersichtlichen Verwaltungsaufbau. Sie ist aber nicht bereit auf dem Umwege einer Verwaltungsreform soziale Errungenschaften im Bereich der Sozial-, Arbeits- und Wiedererwerbsförderung bescheiden zu lassen.

51. Das Wahlrecht soll den politischen Willen des Volkes unverfälscht zum Ausdruck kommen lassen, die Parteienverteilung entsprechend und dadurch die Bildung stabiler Regierungen erleichtern. Im allgemeinen entspricht das geltende Bundeswahlrecht diesen Anforderungen.

52. Eine möglichst enge Verbindung zwischen Wahlfinn und Gesetzgebung ist eine unerlässliche Voraussetzung der lebendigen Demokratie.

Freie Gemeinden im freien Volksstaat

53. Das Fundament eines freiheitlichen, demokratischen Staates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung der Wohlfahrt ihrer Bürger dienen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist deshalb die verfassungsrechtliche Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung und die Wiederherstellung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Aktionsfähigkeit.

54. Zu diesem Zweck wird die SPD die deutsche Selbstverwaltung, im Grundgesetz verankert, ihre örtliche Allzuständigkeit stärken und die Aufgaben der Sonderbehörden auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen;

55. die Auftragsangelegenheiten auf Gemeinden und Gemeindeverbände verlagern;

56. die Staatsaufsicht auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken;

57. den Rechtsschutz der Gemeinden vor Verwaltungs- und Verfassungsgerichten sicherstellen;

58. die Gemeindeförderung durch Stärkung der ehrenamtlichen Kräfte in der Gemeindeverwaltung und durch Heranziehung der Bürger zur Mitarbeit ausbauen;

59. die Existenz steuerschwacher Gemeinden durch einen sozialen Finanzausgleich sicherstellen;

60. den Gemeinden über den sozialen Finanzausgleich hinaus einen eigenen Anteil an der bundesgesetzlichen Einkommen- und Körperschaftsteuer sichern, um an Stelle der unsoliden Bürgersteuer oder ähnlicher „Kopfteuern“ Raum für eine gerechte Gemeindesteuer zu schaffen;

61. die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Verteilung der Kreditmittel angemessen beteiligen und ihre Vertretungen in wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsamen Körperschaften (Bundesbank, Wiederaufbaubanken, Bundesbahn, Bundespost u. a.) sicherstellen;

62. die kommunale Wirtschaft (Verkehrs- und Versorgungsbetriebe) erhalten und stärken und alle Reprivatisierungsversuche abwehren.

63. Von ihrer eigentlichen Aufgabe, die Wohlfahrt aller Bürger zu sichern, sind die Gemeinden durch die ungeheuren Zerstörungen des letzten Krieges, durch den riesigen aufgestauten Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuerermasse mehr als je mehr abgedrängt worden. Als einzige kommunalfreundliche Partei des Bundestages wird die SPD dafür sorgen, daß die wiederhergestellt wird.

Das Fundament jedes freiheitlichen demokratischen Volksstaates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung der Wohlfahrt ihrer Bürger dienen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist deshalb die verfassungsrechtliche Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung und die Wiederherstellung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Aktionsfähigkeit.

Zu diesem Zweck wird eine sozialdemokratische Regierung die verfassungsmäßige Garantie der deutschen Selbstverwaltung in die Artikel 20 des Grundgesetzes in der Weise erweitern, daß die Staatsaufsicht auf Gemeinden und Gemeindeverbände als dritte Säule in die Zersplitterung des Kommunalverfassungsrechtes beseitigen und zu diesem Zweck die Zuständigkeit des Bundes zum mindesten für die Rahmengesetzgebung begründen;

die Gemeindeverwaltung durch fortschrittliche, kollegiale Gemeindeverfassungen mit der Gemeindevertretung als oberster Selbstinstanz, durch Stärkung der ehrenamtlichen Kräfte in der Gemeindeverwaltung und durch Heranziehung der Bürger die Auftragsangelegenheiten weitgehend den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen;

die Aufgaben der Sonderbehörden auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen oder weitgehend beschränken;

die Staatsaufsicht auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken;

den Rechtsschutz der Gemeinden durch Verfassungsgerichte im Rahmen eines verfassungsrechtlich zu sichernden sozialen

dritten Partei des Finanzausgleichs zulassen, und zwar dadurch, daß die gemeindliche Finanzausgleichsmasse im Wege kommen- und Körperschaftsteuer aufgebracht wird; den Finanzausgleich den gemeindlichen Anspruch auf ausreichende Zinsen langfristigen Kredite einziehen; die Kreditmittel angemessen beteiligen und ihre Verteilung im wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsamen Körperschaften

die Kommunalbanken auf ihre eigentliche Funktion der Finanzierung kommunaler Aufgaben und des gewerblichen Mittelstandes der Gemeinde zurückzuführen;

die kommunale Wirtschaft (Verwaltungs- und Verkehrsbetriebe) erhalten und stärken und alle Reprivatisierungsversuche abwehren, und zu diesem Zweck die Gemeinden durch die ungeheuren Zerstörungen des letzten Krieges, durch den riesigen aufgestauten Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuerermasse mehr als je mehr abgedrängt worden. Als einzige gemeindefreundliche Partei des Bundestages wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dafür sorgen, daß die Leistungs- und Aktionsfreiheit der Gemeinden beschleunigt wiederhergestellt wird.

Ethelich geändert.

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk

64. Die Demokratisierung der Verwaltung erfordert, daß alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben. Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben ist zu fördern.

65. Der Beamte ist nicht nur Repräsentant des Staates, sondern in erster Linie Diener des Volkes. Daher müssen sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes zur Demokratie bekennen und zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit sein.

66. Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes muß das Recht auf politische Betätigung und auf Koalitionsfreiheit zustehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert auch für sie das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und der parlamentarischen Verantwortung ergeben.

67. Der demokratische Staat hat die Pflicht, sich schützend vor alle diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter zu stellen, die ihm anfrüht und ohne Vorbehalt dienen.

68. Die SPD tritt für eine auf Leistung, aber auch auf einen sozialen Ausgleich aufgebaute neue Besoldungsordnung ein. Der Umbau des jetzigen Besoldungs- und Ruhegehaltensystems ist dafür zu sorgen, daß die jungen Beamten früher als bisher die Möglichkeit zur Familiengründung erhalten.

Die Demokratisierung der Verwaltung erfordert, daß alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben. Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben wird gefördert werden. Die von den Nationalsozialisten Gemarginalen sind bevorzugt werden einzustellen.

Der Beamte ist Diener des Volkes. Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung, zu der im Grundgesetz vorankerten parlamentarischen Demokratie bekennet und wer zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit ist, wird im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dies gilt insbesondere für die Träger der Rechtsprechung und der staatlichen Exekutive wie Polizei und Grenzschutz.

Die SPD wird sich schützend vor alle diejenigen stellen, die dem demokratischen Staat aufrecht und vorbehaltlos dienen. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen und gewerkschaftlich organisieren. Sie erhalten das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und dem Rechten des Parlamentes ergeben.

Grundlage für die Einstellung, Beförderung und Besoldung ist die Leistung. Bei der Besoldung wird die soziale Lage berücksichtigt werden.

Nicht erheblich geändert.

Die Ehrenschild des deutschen Volkes

Die Wiederentwahrung des vom Nationalsozialismus beanspruchten Unrechts ist eine Ehrenschuld des deutschen Volkes und eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Sie wird bewiesen, daß das deutsche Volk die in seinen Namen beanspruchten Verbrechen verurteilt.

Ein Bundeswiedergutmachungsgesetz wird die Zersplitterung des Wiedergutmachungsrechtes beseitigen. Ausreichende Mittel werden bereitgestellt werden, um Abhilfe in den Gesetzen vorgesehene und jahrelang verzögerte Entschädigung und Hilfe zu leisten.

Unbillige Härten, die sich aus den Wiedergutmachungsmassnahmen (Restitutionsgesetzgebung) der Alliierten ergeben haben, hat der Staat auszugleichen.

Ist anders placiert, aus Sozialpolitik entnommen, dort unter: „Für die Opfer des Krieges ...“

Gleichberechtigung auch in der Wirtschaft

Demokratie auch in der Wirtschaft

Im demokratischen Staat gibt es für jeden Bürger gleiche politische Rechte und Pflichten. In der gegenwärtigen Wirtschaft aber über die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Allsinnsherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, aber auch wirtschaftlichen Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wortes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassung alle Arbeitnehmer vereinigt.

Zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes ist insbesondere nötig: Die Unternehmungen mit Aufsichtsräten sind mit Vertretern der Arbeitnehmer paritätisch zu besetzen. Die Arbeitnehmer müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Männer und Frauen ihres Vertrauens auch dann in die Aufsichtsräte zu entsenden, wenn es sich nicht um Betriebsangehörige handelt.

69. Im demokratischen Staat gibt es für jeden Bürger gleiche politische Rechte und Pflichten, in der gegenwärtigen Wirtschaft aber über die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Allsinnsherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, aber auch wirtschaftlichen Fragen.

70. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wortes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassung alle Arbeitnehmer vereinigt.

71. Zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes fordert die SPD: Die Unternehmungen mit Aufsichtsorganen sind mit Vertretern der Arbeitnehmer paritätisch zu besetzen. Die Arbeitnehmer müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Männer und Frauen ihres Vertrauens auch dann in die Aufsichtsorgane zu entsenden, wenn es sich nicht um Betriebsangehörige handelt.

70. Das Recht der Bestimmung kann nicht ersetzt werden durch die Gewinnverteilung zugunsten der Arbeitnehmer an den Unternehmen.

71. Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeingeistigkeit übergehen. Entscheidend ist die Betriebsverfassung. Die SPD fordert daher auch für alle Betriebe der öffentlichen Hand eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer unter Beachtung der Rechte der politischen Kontrollinstanzen.

72. Die Mitbestimmung in den Betrieben muß durch überbetriebliche Mitbestimmung ergänzt werden. Die Arbeitnehmer müssen in den Industrie- und Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern vertreten sein.

73. Die Spitze der überbetrieblichen Mitbestimmung soll ein Bundeswirtschaftsrat bilden. Er soll die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundesrat auf Anforderung beraten. Aus eigener Initiative kann er zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nehmen und Vorschläge unterbreiten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu.

74. Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wird. Die SPD bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Sie wird ein Gesetzwerk erlassen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne gewährleistet.

Das Recht auf Mitbestimmung kann nicht ersetzt werden durch Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen. Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeingeistigkeit übergehen. Entscheidend ist ihre Betriebsverfassung. Die SPD fordert daher auch für alle Betriebe der öffentlichen Hand eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer unter Beachtung der Rechte der politischen Kontrollinstanzen. Die Mitbestimmung in den Betrieben muß durch überbetriebliche Mitbestimmung ergänzt werden. Die Arbeitnehmer müssen in den Industrie- und Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern vertreten sein. Die Spitze der überbetrieblichen Mitbestimmung soll ein Bundeswirtschaftsrat bilden. Er soll die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundesrat auf Anforderung beraten. Aus eigener Initiative kann er zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nehmen und Vorschläge unterbreiten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu. Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wird. Die SPD bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Sie wird ein Gesetzwerk erlassen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne gewährleistet.

Unverändert.

Wirtschaftspolitik

Planung und Freiheit in der Wirtschaft

77. Der Kurs der bisherigen Wirtschaftspolitik hat trotz der Bundeswertenerhöhung und der Preisbegrenzung des deutschen Volkes dazu geführt, daß ein großer Teil des von den Erzeugnissen dieser Leistung ausgeschlossen blieb. Noch immer erheidet eine erschreckend große Anzahl von Menschen das Los der Dauerarbeitslosigkeit und damit der sozialen Zerrüttung. Millionen von Rentnern und Unterstützungsempfängern leben weit unterhalb des Existenzminimums. Gleichzeitig sind neue Millionenvermögen angehäuft. Aufsteiger der Luxus und tieferer Elend stehen einander schreiend gegenüber. Das alles geschieht im Namen der „sozialen“ Marktwirtschaft. Sie hat die kapitalistische Gesellschaft neu fundiert und damit die sozialen Gegensätze weiter vertieft.

78. Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebt:

79. Eine Erhöhung des Lebensstandards des Volkes durch Produktionssteigerung.

80. Eine gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft.

81. Eine Stabilisierung der Wirtschaft durch eine Politik der Vollbeschäftigung.

82. Zur Erreichung dieser Ziele wird die SPD folgende Maßnahmen durchführen:

83. Ausbau der bisher vernachlässigten Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen) und der Energiewirtschaft.

84. Beseitigung anderer Engpässe in der Produktion. (Schiffbau, Verkehr).

85. Ausweitung der Konsumgüterzeugung zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung.

86. Dazu ist eine Lenkung des Anlagekapitals in die wirtschaftlich vordringlichen Wirtschaftszweige, insbesondere auch den Wohnungsbau, notwendig. Eine steuerliche Begünstigung des Sparens wird die volkswirtschaftlich notwendige Bildung von Anlagekapital fördern.

87. Diese planmäßige Verwendung des Anlagekapitals wird durch eine moderne Technisierung und Rationalisierung ergänzt. Sie wird auch den Typenwirren beseitigen.

Unverändert.

Planung und Freiheit in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird dem Menschen in den Wettbewerb zur Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebt:

88. Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des Volkes durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung. Neuordnung der Wirtschaft durch eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeingeistigkeit. Gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft.

89. Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung. Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozess verlangt eine aktive Konjunkturpolitik, die alle Wirtschaftskräfte (Arbeitskräfte, Kapital, Rohstoffe) mobilisiert und besonders in denjenigen Wirtschaftszweigen einsetzt, die hinter der volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklung zurückgeblieben sind.

90. Erreichung dieser Ziele wird eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgende Maßnahmen durchführen: Ausbau der bisher vernachlässigten Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) und Beseitigung anderer Engpässe in der Wirtschaft, Wohnungsbau in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und der Aufbau neuer lebensfähiger Industrie- und Gewerbebetriebe in den Zentren der Arbeitslosigkeit. Bessere Verbindung der Produktion durch planmäßige Verkehrspolitik. Zusammenfassung der bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktsprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm im Rahmen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts (Nationalbudget).

Die Kapitalbeschaffung für die notwendigen Investitionen erfolgt v. a. durch eine Investitionsanleihe, soweit dies zu begründlichen Wirtschaftszweigen des Kapital nicht selbst aufbringen können.

90. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes sind erforderlich:

91. Planmäßige Entwicklung des Außenhandels durch internationale Vereinbarungen mit dem Ziel eines gegenseitigen Abbaus der Handelschranken.

92. Besondere Anstrengungen zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete.

Einkommensverteilung

93. Eine gerechten Einkommensverteilung dient vor allem eine soziale Steuerpolitik. Für diese neue Steuerpolitik legt die SPD ein umfassendes Steuerreformprogramm vor.

94. Eine sozial gerechte Steuerpolitik wird ergänzt durch eine soziale Preispolitik. Dazu wird eine ständige Preisoberbegrenzung erfohlen. Jeder Preiswucher wird schärfstens bekämpft. Die reichliche Markterzeugung mit Konsumgütern ist das beste Mittel gegen ungerichtete Preissteigerungen. Wo nötig, werden überhöhte Preise durch ausreichende Importe korrigiert werden. Eine preisregulierende Wirkung können Konsum- und Produktionsgenossenschaften haben. Wenn sie gemeinnützig sind und ihre Gewinne an ihre Mitglieder verteilen, sind sie ein Akt der gemeinschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter. Angestellten und Beamten gegen die kapitalistische Profitwirtschaft.

Vollbeschäftigungspolitik

95. Damit wird erreicht: Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozess durch Wohnungsbau an den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und durch Aufbau neuer Industrie- und Gewerbebetriebe an den Zentren der Arbeitslosigkeit (Notstandsgebiete).

96. Die Zusammenfassung der bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktsprogramme zu einem einheitlichen und wirkungsvollen Programm.

97. Eine Steigerung der Produktion und der Lebenshaltung durch die Mobilisierung bisher brachliegender Arbeitskräfte.

98. Eine Gegenwirkung in weltwirtschaftlichen Krisenzeiten.

Sozialisierung

99. Um die vollbeschäftigte Wirtschaft mit den wichtigsten Rohstoffen, wie Kohle, Eisen und Stahl, gleichmäßig zu versorgen, wird die Grundstoffwirtschaft in Gemeingeistigkeit übergeführt. Nur so sichergestellt werden, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung ausschließlich privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Erst dann wird es auch möglich sein, in den Grundstoffindustrien eine volkswirtschaftlich richtige Investitionspolitik zu betreiben.

100. Eine Sozialisierung der Grundstoffindustrien ist für die westdeutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Nachspruch der Alliierten eine zerstörerische Dekartellierung durchgeführt wurde und durch den Beitritt Westdeutschlands zum Schumanplan der Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenerzeugung vertraglich festgelegt, Schäden angeht wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

101. Die SPD erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Darum ist für sie der Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit und nicht durch das Mittel der kapitalistischen Ausbeutung leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird dem Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und in den echten Leistungswettbewerb zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

Planung und Wettbewerb

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung und die zur Erreichung vorgenannter Maßnahmen erforderliche Zusammenfassung der bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktsprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm. Ministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen und das Zentralbanksystem sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau) in einem gemeinsamen Gremium Aufgabe dieses Gremiums ist die Erreichung des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts (Nationalbudget) und die laufende Beobachtung seiner Verwirklichung; diese Arbeit bedient sich einer ausgebauten Wirtschaftsstatistik und Konjunkturprognosen.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank sind durch ein Bundesnotenbankgesetz zu regeln; darin ist die Bundesnotenbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlagen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts zu binden. Zur Wahrung ihrer wirtschafspolitischen Aufgaben werden ihr Rechte zugestanden, die geeignet sind, solche Maßnahmen zu verhindern, die inflationistische Entwicklungen herbeiführen oder die Außenwährung gefährden könnten.

Zur Vermeidung der Kapitalflucht, insbesondere auch durch Kleinsparen, sind steuerliche Anreize, gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen zur Anreicherung des Zweckvermögens und eine Kapitalbindung durch die öffentliche Hand erforderlich. Das bisherige ungenutzte Vertriebenenvermögen von 10 Milliarden Reichsmark ist zugunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen, öffentlichen (Investitionsanleihe) und privaten Kapitalmittelstellen einzuschranken.

Die Wirtschaftspolitik der Kapitalmittelstellen ist den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts anzupassen (Kapitalbank). Emissionen sind den Vorschriften eines verbesserten Kapitalbankengesetzes zu unterwerfen. Das gleiche gilt für die Mittelstellen der volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts. Die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen sind e) derfalls nicht anders bestimmt, nach Wirtschaftszweigen zu differenzieren.

Die volkswirtschaftliche Gold- und Kapitalmarktspolitik setzt neben einer gesunden Währung eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik voraus. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist ein ständiger Ausbau des Außenhandels durch den Abbau der Handelschranken notwendig. Zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Die Außenwirtschaftspolitik wird von der Wirtschaftspolitik nicht getrennt, daß sie eine echte europäische Wirtschaftsgemeinschaft fördert.

Die SPD lehnt die Zwangsvereinbarung ab und bejaht die freie Konsumwahl. Sie wird den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern. Das Bestehen einer staatlichen Beschäftigung und umwettbewerblicher Monopole, sondern ebenso der gesetzlichen Sicherung des Wettbewerbs. Daneben ist es eine besondere Aufgabe der staatlichen Wettbewerbspolitik, alle Unternehmensformen zu fördern, die dem Wettbewerb dienlich sind. Dazu gehören die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher.

Privatgenossenschaft und Gemeingeistigkeit

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird das kleine und mittlere Privatgenossenschaft fördern. Eine ständige wachsende Förderung der Wirtschaft mit Rohstoffen und Grundstoffen, insbesondere Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur gewährleistet durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeingeistigkeit. Eine einheitliche volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen sicherstellen.

Nur so wird auch verhindert werden, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung ausschließlich privaten Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Nachspruch der Alliierten eine zerstörerische Entkartellierung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenerzeugung vertraglich festgelegt und damit Schäden angeht wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Steigerung des Lebensstandards des ganzen Volkes erfordert nicht nur eine Vergrößerung des Sozialproduktes, sondern auch eine gerechtere Einkommensverteilung. Ihr dient in erster Linie eine soziale Steuerpolitik. Sie wird ergänzt durch eine soziale Preispolitik, die mit Hilfe einer ständigen Preisbeobachtung jeden Preiswucher scharfstens bekämpft. Eine rechtliche Marktverordnung mit Konsumplänen, zu der auch die landwirtschaftliche Marktordnung beitragen soll, ist eines der Mittel gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen. Überhöhte Preise sind durch entsprechende Einfuhren zu korrigieren. Auch die Genossenschaften haben eine wichtige preisregulierende Aufgabe zu erfüllen.

Abschnitt *"Planung und Freiheit in der Wirtschaft"* ist völlig neu verfaßt.

Sozial gerechte Steuern

100. Ohne aktive Finanzpolitik sind die großen Aufgaben der Sozialpolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden nicht zu lösen. Auch Wirtschafts- und Steuerpolitik sind nicht voneinander zu trennen. Die Steuer- und Haushaltspolitik sollte für den Staat ein Instrument sein, mit dem er konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft ausgleicht und den Markt im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik beeinflusst.
101. Der Grundsatz einer gerechten Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten sozialgestalteten Steuern zu legen und nicht wie bisher auf die unsocial wirkenden indirekten Steuern.
102. Eine umfassende Steuerreform wird deshalb seit langem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefordert. Das jetzige Steuersystem, das aus dem Dritten Reich übernommen und durch die Kontrollratsgesetze nicht verbessert wurde, muß endlich neu geordnet und vereinfacht werden.
103. Die SPD hat als erste Partei die Einrichtung einer Bundesfinanzverwaltung an Stelle der Länderfinanzverwaltungen gefordert. Durch diese Maßnahme kann das Steueraufkommen ohne Erhöhung der Steuersätze um mehr als eine Milliarde DM werden. Nur eine Bundesfinanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern. In einer Bundesfinanzverwaltung leichter verwirklichen.
104. Die Einkommen- und Lohnsteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziele der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung.
105. Deshalb fordert die SPD: Die Zerlegung der Einkommensteuer in eine Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz (Einkommen bis zu einer bestimmten Höhe (etwa 12.000 DM jährlich) und in eine Zusatzsteuer für das diese Höhe übersteigende Einkommen mit sozial gestaffelten, steigendem Steuersatz.
106. Die Erhöhung der Freibeträge auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, auf weitere 1000 DM für dessen Ehefrau und auf je 1000 DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzbeamten können für ihre eigentlichen Aufgaben freigestellt werden.
107. Beseitigung der Zusammenveranlagung der mitarbeitenden Ehefrau mit dem Ehemann.
108. Niedrigere Belastung des Arbeitseinkommens gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem finanzierten Vermögen.
109. Steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich erwünschten Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues.
110. Steuerliche Begünstigung jeglicher Vorsorge für das Alter, insbesondere auch des Mittelstandes und der Landwirtschaft.
111. Steuerliche Begünstigung aller Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung.

112. Beseitigung der Betriebsbesteuerung zur Beseitigung der Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftsteuer wäre.

113. Neben der Einkommensteuer bedarf die Umsatzsteuer grundlegender Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer, die jede Ware mehrfach belastet, muß eine Umsatzsteuer treten, die an nur einer Stelle des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher erhoben wird (Ein-Phasen-Steuer). Diese Umsatzsteuer hat zu unterscheiden zwischen lebensnotwendigen Wirtschaftsgütern und Wirtschaftsgütern des gehobenen Bedarfs bei möglicher Steuerfreiheit der ersten Gruppe. In einer solchen Umsatzsteuer können fast alle Verbrauchssteuern aufgehen, was wesentlich zur Vereinfachung des Steuersystems beiträgt. Wenn es das Steuersystem gerecht und die Steuern sozial gestaltet sind, wird sich die kommende Bundesfinanzverwaltung der gleichmäßigen und gerechten Erfassung der Steuern widmen können.

Landwirtschaft und Ernährung

114. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen zu erhöhen. Dadurch werden die Ernährung des Volkes verbessert, gesündere soziale Verhältnisse auf dem Lande geschaffen und der Landflucht Einhalt geboten. Bauern und Industriearbeiter sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der bäuerlichen Bevölkerung die Absatzmöglichkeit für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung wiederum sichert ihnen ein stetig erweiternden Markt für industrielle Erzeugnisse.

Bodenpolitik

115. Die SPD erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für diejenigen Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familie Arbeitskraft den entscheidenden Anteil an der zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten. Der Kampf der SPD gilt dem Herrentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeiterigentum der Bauern.
116. Deshalb fordert die SPD: Vereinheitlichung der in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch ein Bundesgesetz.
117. Beschleunigte Durchführung und baldigen Abschluß der Bodenreform.
118. Überführung der von privaten Bodenbesitzern seit mehr als dreißig Jahren verpachteten Nutzflächen und Betriebe in das Eigentum der den Boden bearbeitenden Pächter.
119. Vermehrung von Landarbeiterwohnstätten in Eigenbesitz oder in Gemeineigentum.
120. Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Hierzu fordert die SPD:
121. Eine durchgreifende Flurbereinigung nach modernen Verfahren.
122. Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Melioration.
123. Stärkere Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Betriebe.
124. Förderung der landwirtschaftlichen Forschung.
125. Bildungs- und Beratungswesen. Dazu sind nötig:
126. Eine Verbesserung des ländlichen Schulwesens.
127. Eine ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung.
128. Der Ausbau landwirtschaftlicher Berufsschulen.
129. Die Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens.

Sicherung der Preise und des Absatzes

130. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Daraus ergeben sich folgende Einzelerfordernisse:

131. Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh und Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratstellen.

132. Energetische Maßnahmen zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelspannen.

133. Sicherung des kürzesten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher.

134. Engste Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften und den Verbrauchergemeinschaften.

Das Handwerk in der Wirtschaft

135. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Handwerks durch folgende Maßnahmen gerecht werden:

136. Der gesetzlich gesicherte Befähigungsnachweis berechtigt zur Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meisterstils.

137. Die Selbstverwaltung des Handwerks, die öffentlich-rechtlichen Charakter hat, soll die wirtschaftlichen und sozialen Interessen und die Berufsausbildung aller im Handwerk tätigen Selbständigen und Unselbständigen wahrnehmen.

138. Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den einzelnen Produktions- und Gewerbebetriebe die notwendigen Arbeitskräfte zuführen.

139. Das Handwerk ist bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach seiner Bedeutung zu berücksichtigen.

140. Die planmäßige Versorgung des Handwerks mit Rohstoffen und Halbfertigwaren soll die Ausnutzung der handwerklichen Produktionskapazität sicherstellen.

141. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Handwerkers müssen die wichtigste Voraussetzung für den Personalkredit bilden. Diese Kredite sind aus öffentlichen Mitteln zu geben oder zu verbürgen.

142. Handwerkliche Hilfs- und Nebenbetriebe oder Hauptbetriebe von Industrie, Handel, Landwirtschaft und öffentlicher Hand sind, wenn sie in Wettbewerb zu den Handwerksbetrieben treten, rechtlich und steuerlich wie diese zu behandeln.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Handwerks durch folgende Maßnahmen gerecht werden:

Der gesetzlich gesicherte Befähigungsnachweis berechtigt zur Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meisterstils.

Die Selbstverwaltung des Handwerks, die öffentlich-rechtlichen Charakter hat, soll die wirtschaftlichen und sozialen Interessen und die Berufsausbildung aller im Handwerk tätigen Selbständigen und Unselbständigen wahrnehmen.

Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den einzelnen Produktions- und Gewerbebetriebe die notwendigen Arbeitskräfte zuführen.

Das Handwerk ist bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach seiner Bedeutung zu berücksichtigen.

Das bisher stark vernachlässigte handwerkliche Kreditwesen wird mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute neu aufgebaut. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Handwerkers müssen die wichtigste Voraussetzung für den Personalkredit bilden.

Umgestellt, Text nicht erheblich geändert.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen zu erhöhen. Dadurch wird die Ernährung des Volkes verbessert, und es werden gesündere soziale Verhältnisse auf dem Lande geschaffen.

Bauern und Industriearbeiter sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Reallohn der städtischen Bevölkerung sichert der bäuerlichen Bevölkerung die Absatzmöglichkeit für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung wiederum sichert einen sich stetig erweiternden Markt für industrielle Erzeugnisse.

Sicherung der Preise und des Absatzes

Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Daraus ergeben sich folgende Einzelmaßnahmen:

Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh und Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratstellen.

Energetische Schritte zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelspannen.

Sicherung des kürzesten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Engste Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergemeinschaften und den Verbrauchergemeinschaften.

Bodenpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für diejenigen Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familien Arbeitskraft einen entscheidenden Anteil an der zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten. Der Kampf der SPD gilt dem Heraneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch ein Bundesgesetz vereinheitlichen und die Durchführung der Bodenreform beschleunigt durchführen und baldigst abschließen,

die Nutzflächen und Betriebe, die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, in der Regel in das Eigentum der sie bearbeitenden Pächter überführen. Firmen sind dabei tunlichst zu vermeiden, Landerbeiterheimstätten in Eigenbesitz oder in Gemeindeigentum vermeiden.

Hebung der landwirtschaftlichen Leistung

Zur Hebung der landwirtschaftlichen Leistung ist nötig: eine durchgreifende Flurbereinigung nach modernen Verfahren, Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Melioration, stärkere Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Betriebe, Förderung der landwirtschaftlichen Forschung, eine Verbesserung des ländlichen Schulwesens, eine ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung, der Ausbau landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen, die Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens.

Nicht wesentlich verändert. Absatz 140 und 142 fortgelassen.

Gesunde Wohnungen für alle

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat den sozialen Wohnungsbau in eine gefährliche Krise gebracht; der soziale Wohnungsbau hat nicht teilgenommen an dem Konjunkturaufstieg der gesamten Wirtschaft. Demgegenüber wird die Wohnungspolitik wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik einer sozialdemokratischen Bundesregierung sein. Dabei ist die Sicherung fortlaufender und ausreichender Finanzierung das entscheidende Problem. Erst bei gesicherter Finanzierung kann das vom Bundestag beschlossene Wohnungsgesetz ausgeführt werden.

Daher sollen dem sozialen Wohnungsbau neben Haushaltsmitteln durch die allgemeine Kapitalhaltung ständige und gleichmäßige Finanzierungsquellen erschlossen und damit eine langfristige Bauplanung ermöglicht werden. Öffentliche Mittel, die einmal dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sollen diesem Zweck erhalten bleiben.

Für den Wohnungsbau sind einheitliche Richtlinien für Bund, Länder und Gemeinden festzulegen. Hiermit soll unter anderem erreicht werden, daß nach Größe und Ausstattung für die Dauer ausreichende Wohnungen für die Normalfamilien geschaffen und entsprechend dem Bedarf Kleinsiedlungen, sozial gebundene Eigenheime sowie Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen bevorzugt gefördert werden. Die Kapazität von Baustoffindustrie und Bauwirtschaft wird im Rahmen des allgemeinen Investitionsprogramms erweitert werden; dabei wird die allgemeine Wirtschaftspolitik auch eine volkswirtschaftlich vertretbare Preisgestaltung gewährleisten.

Die Sozialdemokratische Partei setzt sich für Ablehnung einer schematischen Regelung für eine Neugestaltung der Mieten im ganzen und bei den einzelnen Wohnungskruppen ein. Bei der Mietangleichung für Altbau-, Zwischenkriegs- und Neubausbesitz soll ein Teil des höheren Mietaufkommens der Wohnungsinvestition und dem Wohnungsbau dienen. Um negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der breiten Massen zu vermeiden, darf die Mietangleichung nur bei Erhaltung des Reallohnes vorgenommen werden; sie ist für die Renten- und Unterstützungsempfänger durch Mietzuschüsse sozial erträglich zu gestalten.

Ganzer Abschnitt neu gefaßt.

Finanz- und Steuerpolitik

Reform der Steuerpolitik und der Finanzverwaltung

Die Sicherung der finanziellen Verhältnisse, insbesondere der öffentlichen Haushalte, ist eine geordnete und einheitliche Einnahmen- und Ausgabenverwaltung verlangen ein gesundes Steuersystem, das die Lasten angemessen und gerecht verteilt. Unter Beachtung dieser Haushalts- und Zahlungsfähigkeit muß die Steuerpolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechen. Auch mit dem Mittel der Steuer- und Haushaltspolitik hat der Staat konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft auszugleichen und den Markt im Sinne einer sozialer Wirtschaftspolitik zu beeinflussen. Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu

vertellen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten sozial gestaffelten Steuern zu legen und nicht wie bisher in erster Linie auf die sozial wirkenden indirekten Steuern.

Eine umfassende Steuerreform wird deshalb seit langem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefordert. Das jetzige Steuersystem, das aus dem Dritten Reich übernommen und durch die Steuerpolitik der Besatzungsmächte und der Bundesregierung fortgeführt wurde, muß endlich neu geordnet und dabei grundlegend geändert werden. Die Sozialdemokratische Partei hat als erste Partei eine einheitliche Landesfinanzverwaltung unter Beseitigung der zehn Bundesfinanzverwaltungen gefordert. Diese einheitliche Erfolg der Steuerreform. Nur eine Bundesfinanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und mit Aussicht hinterziehen führen. In einer Bundesfinanzverwaltung wird Steuerlich außerdem der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung in Sozialerzeugung, Steuermeinsgänge ohne Erhöhung der Steuersätze und Verwaltungssparnis werden das Steueraufkommen um mehr als 1 Milliarde DM erhöhen.

Sozialgerechte Lohn- und Einkommensteuer

Lohn- und Einkommensteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziel der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung.

Dazu dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen: Die sozial gestaffelte Einkommensteuer wird zunächst als Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz die Einkommensbeträge bis zu einer bestimmten Höhe erfassen; erst dem steigenden Einkommensbeträge unterliegen Die Freibeträge werden fortgeschritten erhöht bis etwa auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, 1000 DM für dessen Ehefrau und je 1000 DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzlasten können wesentlichen Aufgaben der Finanzverwaltung zugeführt werden. Das System der Freibeträge ist der Entwicklung des Sozialplans anzupassen.

Neben den Erhöhungen der Freibeträge sollen folgende wichtige Begünstigungen bestehen: Steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues; Steuerliche Begünstigung der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Angehörigen der freien Berufe und des gesamten Mittelstandes; Steuerliche Begünstigung zusätzlicher Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung; Die Zusammenveranlagung der arbeitenden Ehefrau mit dem Ehemann wird beseitigt.

Das Arbeitslohnvermögen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fündigen Vermögen geringer belastet. Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Körperschaftsteuer stärker belastet ist, als er durch die Steuererstattung begünstigten Flucht in die Geschäftskosten entgegenzuwirken.

Sozialgestaffelte Umsatzsteuer

Nach der Einkommensteuer bedarf die Umsatzsteuer grundlegender Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer treten, die an nur einer Stelle des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher erhoben wird. Diese differenzierende Umsatzsteuer hat in ihrer Höhe zu unterscheiden zwischen dem gehobenen Bedarf. Steuerfreiheit und Wirtschaftsgütern anstreben. In einer solchen Umsatzsteuer können fast alle Verbrauchsgüter aufgehoben, auch das trägt wesentlich zur Vereinfachung des Steuersystems bei.

Wenn so das Steuersystem vereinfacht und die Steuern sozial gestaffelt sind, wird die gleichmäßige und gerechte Erfassung der Steuern die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesfinanzverwaltung sein. Für Steuerhinterziehung gibt es keine Hinterzogene Mark dem Staat die Möglichkeit mindert, seine unvermeidbaren unentzerrten Pflichten zu erfüllen.

Nicht wesentlich geändert.

Sozialpolitik

Soziale Sicherung

143. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Diese Politik erfordert die Einheit von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik, die Abstimmung der schaffenden Menschen in der Wirtschaft und ihre wachsende Beteiligung am Sozialprodukt.

144. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf ausreichende Erwerbsfähigkeit. Die Vollbeschäftigung in der Wirtschaft muß dieses Recht verwirklichen. Die Arbeitslosenversicherung muß die Finanzierung der Arbeitslosigkeit ein Rechtsanspruch auf ausreichende Arbeitsloshilfe.

145. Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unergütlich. Die Verwaltung arbeitet unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenpflege entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Weitgehend fehlt das Vertrauen des einzelnen zu seiner heutigen Sozialversicherung. Millionen Arbeitsfähige müssen unversichert feiern. Hunderte von Millionen DM an Arbeitsloshilfe können bei Vollbeschäftigung gespart werden, durch Erhöhung des Sozialprodukts können weitere hundert Millionen DM verfügbar gemacht werden. Sie könnten die Sozialleistungen verbessern helfen. Arbeitslosigkeit hindert überdies gerade den sozial oder körperlich Geschwächten an der praktischen Betätigung seines Arbeitswillens.

146. Zur Entwirrung und systematischen Verbesserung der sozialen Leistungen fördert die SPD eher einen jeden verständlichen Sozialplan mit einem Gesundheitsdienst, der für jeden vorgebende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaustilfe, Versorgung und Kurortenthalten sichert; mit ausreichenden Renten aus einer Hand bei voller oder teilweise Erwerbsfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers; mit Mütterchutz und Kinderbeihilfen; mit wirtschaftlicher Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und einer unversicherten Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit.

147. Örtliche, bezirkliche und zentrale Selbstverwaltungsorgane machen die Verwaltung der sozialen Sicherung ortsnahe und leicht zugänglich.

148. Diese soziale Sicherung muß allen ihres Schutzes Bedürftigen gewährt werden: Lohn- und Gehaltsempfängern, Hausfrauen und schutzwürdigen Handwerker, Gewerbetreibenden, Batern und Angehörigen freier Berufe.

Selbstverwaltung

149. Im Rahmen des einheitlichen Sozialplanes ist bei den Trägern der sozialen Sicherung die Selbstverwaltung so auszubauen, daß die Interessen der Arbeitnehmer und Versicherten voll gewahrt werden. Dies gilt für alle Träger der Sozialversicherung, insbesondere für die Krankenversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Gesundheitspolitik

150. Jeder Staatsbürger hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit bis zu dem Gesundheitszustand, den er nach modernen medizinischen Erkenntnissen erreichen kann. Diesem Ziel nur durch Ausbau des vorgehenden und heilenden Gesundheitswesens in einem umfassenden Gesundheitsdienst möglich, der sowohl persönliche ärztliche Behandlung als auch öffentliche Gesundheitspflege bietet. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freier Willkür ärztlicher Tätigkeit, auch zur Warnung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt, zu sichern und zu schützen.

151. Der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit für die Erhaltung und Förderung des Gesundheits- und Leistungsstandes der Bevölkerung hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes, im Falle seiner Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Ausbau der Individualfürsorge

152. Durch ergänzende Leistungen hat die öffentliche Fürsorge, unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe auch

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung.

Diese Politik erfordert das Zusammenwirken von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Mehraufwand und den entsprechenden Ausbau der sozialen Sicherung streben wir in der Vergrößerung des Sozialprodukts durch Vollbeschäftigung, in der Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes, in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Die einheitliche Sozialpolitik sichert die wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt.

Soziale Sicherung

Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unergütlich. Die Verwaltung arbeitet vielfach unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenpflege entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Hunderttausende von Arbeitsfähige müssen unversichert feiern. Durch Gesundheitsförderung, Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialprodukts werden Millionensummen für die Verbesserung der Sozialleistungen verfügbar gemacht werden. Sie könnten die Sozialleistungen verbessern helfen. Arbeitslosigkeit hindert gerade den sozial oder körperlich Geschwächten an der praktischen Betätigung seines Arbeitswillens.

Sozialplan

mit einer Gesundheitsversicherung, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaustilfe, Versorgung mit Kranken- und Kurortenthalten vorsieht; mit ausreichenden Renten aus einer Hand bei Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers;

mit Mütterchutz und staatlichen Kinderbeihilfen; mit wirtschaftlicher Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und während unversicherter Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit durchzuführen.

Alle diese Leistungen sind als Rechtsanspruch zu sichern. Örtliche, bezirkliche und zentrale Selbstverwaltungsorgane sollen eine ortsnahe Verwaltung sichern. Diese soziale Sicherung muß allen des Schutzes Bedürftigen gewährt werden:

Lohn- und Gehaltsempfängern und Hausfrauen, den schutzwürdigen Handwerker, Gewerbetreibenden, Batern und Angehörigen freier Berufe.

Individualfürsorge

Die Fürsorge als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung wird durch die Zweige der sozialen Sicherung von allgemeinen Regelleistungen entlastet. Damit kann sie, unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe — auch freier Wohlfahrtsvereinigungen — ihrer eigentlichen Aufgabe erfolgreicher nachkommen, in individuellen Nötfällen helfend einzugreifen. Auf ihre Leistungen besteht unter Verzicht auf Rückerstattung Rechtsanspruch.

Sie tritt neben die Leistungen der Sozialen Sicherung dort, wo diese zur Bekämpfung und Beseitigung eines individuellen Notstandes nicht ausreichen können. Sie gewährt vorbeugende Hilfe als Pflichtleistung und ist verantwortlich für eine personenwärtliche Anstalts- und Heimfürsorge. Sie betreut die Familie als Ganzes und umfaßt ausreichende Maßnahmen der Jugendfürsorge und -pflege. Die Fürsorge soll die Kräfte der Betroffenen zur Selbsthilfe stärken und mit diesen gemeinsam an der Überwindung des Notstandes arbeiten.

Arbeitschutz

Die SPD wird den Arbeiterschutz als öffentliches Mindestrecht insbesondere zur Sicherung der Gesundheit der Arbeitenden ausbauen. Die Arbeitszeit ist bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich dort weiter herabzusetzen, wo Technik und Arbeitsmethoden dies möglich machen.

freier Wohlfahrtsorganisationen, für den notwendigen Lebensbedarf in allen den Fällen zu sorgen, in denen die Eigenleistung des einzelnen oder die Regelung der sozialen Sicherung aus besonderen Gründen nicht ausreichen kann. Auf diese ergänzenden Leistungen besteht ein Rechtsanspruch. Zur Erfüllung ihrer helfenden sozialpädagogischen Aufgaben, zu denen der Aufbau einer modernen und menschenwürdigen Heim- und Anstaltsfürsorge gehört, bedarf die öffentliche Fürsorge ausreichender Mittel, gründlich ausgebildeter Fachkräfte sowie der Mitwirkung demokratischer Selbstverwaltung.

Arbeitszeit

153. Wo die Entwicklung von Technik und Arbeitsmethoden dies möglich und notwendig macht, ist die Arbeitszeit bei vollem Lohn und Gehaltsausgleich weiter herabzusetzen, damit die Arbeitnehmer voll am öffentlichen und Kulturleben teilnehmen können. Die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit ist in jedem Falle zu gewährleisten. Überstunden sind wegen der Gefährdung der Gesundheit der Arbeitenden zu vermeiden.

Arbeitsrecht

154. Die SPD kämpft für ein fortschrittliches Arbeitsrecht, das in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen ist. Tarifverträge haben den Vorrang vor gesetzlichen Maßnahmen. Das von der SPD erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muß vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Arbeiter und Angestellten in kleinen Betrieben und Büros sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Gehältern und Löhnen schützen.

Arbeitsrecht

Die SPD kämpft für ein fortschrittliches Arbeitsrecht. Es soll in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Das von der SPD erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muß vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Angestellten und Arbeiter in kleinen Betrieben und Büros sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Löhnen und Gehältern schützen.

Kriegsopferversorgung

Die SPD bekennt sich erneut zu der Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie die Hinterbliebenen der Toten zweiter Weltkrieg in größtmöglichem Maße zu helfen.

Deshalb wird die SPD

die Renten des jetzigen Bundesversorgungsgesetzes an die erhöhten Preise anpassen und dafür sorgen, daß die Grundrenten auf andere Sozial- und Rentenleistungen nicht angedreht werden; die Berufs- und Heilfürsorge vorantreiben; für wirksame Hilfe bei der Schul- und Berufsausbildung der ehelichen und unehelichen Kinder der Kriegsoptionen ein fortschrittliches Schwerbeschädigtengesetz mit einem ausziel aller Maßnahmen und die Wiedereingliederung der Schwerbeschädigten in des praktischen Leben sein.

Gesundheitspolitik

Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit bis zu dem Höchstmaß, das nach modernen medizinischen Erkenntnissen erreicht werden kann. Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitsversicherung erreicht werden. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freierwilliger ärztlicher Praxis, auch zur Wahrung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bei freier Arztwahl, zu sichern und zu schützen. Die Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes, im Falle seiner Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Der ganze Teil umgestellt und in Einleitung erheblich geändert.

Vertriebenenpolitik

Heimatvertriebene, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte und Sowjetzonenflüchtlinge haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen. Die SPD vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Daher wird sie sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Volksgrenzen gelebt haben. Die SPD erstrebt die Eingliederung der Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Sowjetzonenflüchtlinge in ein gesundes deutsches Wirtschaftsgefüge. Zur Behebung dieser Notstände ist die innere Umsiedlung und eine komplementäre Bevölkerungspolitik notwendig. Das Schwergewicht ist auf Durch Kreditlenkung wird eine gesunde Entwicklung der Flüchtlingsindustrie sichergestellt. Der Erhaltung des Facharbeiterstandes und der Exportkapazität verlagert Betriebe ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Für die vertriebenen Bauern und Landarbeiter sind durch Beilegung der Bodenreform in ganz Westdeutschland und eine planvolle Odländerschließung in verstärktem Maße neue Voll- und Nebenerwerbschließungen zu schaffen. Die Existenzgründung der Vertriebenen in Handwerk, Gewerbe und freien Berufen wird durch Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, durch planmäßige Berücksichtigung bei der Umsiedlung und durch Kreditgewährung gefördert werden. Gleiche Arbeitsbedingungen für die heimatsvertriebenen Jugend zu schaffen, ist eine besonders vordringliche Aufgabe. Die Kinder der Vertriebenen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden.

Die SPD wird mit allen Organisationen der Geschädigten, die sich der besonderen sozialen Interessen ihrer Mitglieder widmen, freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie wird auch an der Pflege und Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen mitwirken.

Lastenausgleich

Zum Recht auf die Hilfe der Gemeinschaft gehört der Lastenausgleich. Das vom Bundestag beschlossene Lastenausgleichsgesetz wird wieder bei der Aufbringung noch bei der Verteilung den sozialen Notwendigkeiten gerecht. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird diese Gesetze verbessern. Bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes sind vordringlich Mittel zur Verfügung zu stellen für die Hausratenscheidung, für die Wiederbeschaffung von Wohnraum, für die produktive Eingliederung. Die Mittel für die Entscheidung sind durch eine zielbewusste Vorkfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich einer Wert für die Geschädigten hat.

Haupthilft ist neu. Text stand vorher unter Sozialpolitik. „Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe“. Neu ist Absatz 6 und 7. Abschnitt Lastenausgleich gekürzt.

Gesunde Wohnungen für alle

Sieht jetzt unter Wirtschaftspolitik.

155. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat den sozialen Wohnungsbau in einer gefährlichen Krise gebracht. Der soziale Wohnungsbau hat nicht teilgenommen an dem Konjunkturanstieg der gesamten Wirtschaft.

156. In der Planlosigkeit des jetzigen Wirtschaftssystems hat sich das Kapital gewinnbringendere Anlagen als den sozialen Wohnungsbau gesucht. Nur mit etwa 15 Prozent seiner Leistung ist es am Wohnungsbau beteiligt.

157. Darum ist die laufende Finanzierung des Wohnungsbaus das entscheidende Problem. Erst mit der gesicherten Finanzierung kann das vom Bundestag beschlossene Wohnungsbaugesetz ausgeführt werden. Daher fordert die SPD:

158. eine vom öffentlichen Haushalt unabhängige, dauernd fließende Einnahmequelle für den sozialen Wohnungsbau;

159. eine Auflage für die Kapitalsammelstellen, einen möglichst großen Teil der zur Verfügung stehenden Kapitalien für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen;

160. Kapital, das einmal dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurde, darf nicht mehr für andere Zwecke verwendet werden;

161. für den Wohnungsbau sind einheitliche Richtlinien für Bund, Länder und Gemeinden festzulegen.

162. Um auch der Planlosigkeit der technischen Lenkung ein Ende zu machen, fordert die SPD:

163. Die Ausweitung der Kapazitäten der Baustoffindustrie und der Bauwirtschaft und ihren planmäßigen Einsatz;

164. eine volkswirtschaftlich vertretbare Baupreisgestaltung.

165. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verschiebt sich nicht der Notwendigkeit einer allgemeinen Reform der Mietpreisgestaltung.

166. Eine Erhöhung der Mieten irgendwelcher Art darf aber erst vorgenommen werden nach vorheriger Lösung des Lohn- und Gehaltsproblems. Eine erhöhte Miete soll für alle Renten- und Unterstützungsempfänger durch einen Mietzuschuß sozial tragbar gemacht werden.

Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe

Sieht jetzt unter Vertriebenenpolitik.

167. Heimatvertriebene, Fliegergeschädigte und Evakuierte haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

168. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

169. Die SPD vertritt den Anspruch aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Daher wird sie sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

170. Die SPD erstrebt die Eingliederung der Heimatvertriebenen, Fliegergeschädigten und Evakuierten in ein gesundes deutsches Wirtschaftsgefüge.

171. Durch die Evakuierung und die Massenzuwahlungen haben Millionen Deutsche Heim, Arbeitsplatz, Werkstatt und Foden verloren. Durch Einweisung der Mehrzahl der Vertriebenen in Gebiete ohne Arbeitsmöglichkeiten wurden die Zonenrenzländer Westdeutschlands Notstandsgebiete mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Viele Vertriebene haben die Zerreißung ihrer Familie, eine doppelte Hausboflührung und ein Jahre langes Vegetieren in Notunterkünften in Kauf nehmen müssen, um sich den Weg zu entfernt liegenden Arbeitsstätten zu bahnen.

172. Die Verärgerung von ihren früheren Wohnsitzen bedeutet für die Fliegergeschädigten und Evakuierten eine Erwürdigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerbsbedingungen. Besonders hart empfinden die Angehörigen städtisch-industrieller Berufe, die in den entlegenen Dörfern leben müssen, den Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten für ihren Nachwuchs.

173. Zur Behebung dieser Notstände ist die innere Umsiedlung mit dem Ziel eines sozialen Gleichgewichtes und eines gesunden Bevölkerungsausgleiches notwendig. Die SPD wird das Schwergewicht auf eine kombinierte Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung legen.

174. Durch Kreditlenkung wird die SPD auch eine gesunde Entwicklung der Flächlingsindustrien sicherstellen. Der Erhaltung des Facharbeitersammes und der Exportkapazität verlagerter Betriebe wird sie besondere Aufmerksamkeit schenken.

175. Gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend zu schaffen, betrachtet die SPD als eine besonders vorrangige Aufgabe einer sozialen Vertriebenenpolitik. Die Kinder der Vertriebenen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden.

176. Die SPD wird mit allen Organisationen der Geschädigten freundschaftlich zusammenarbeiten, die sich der Vertretung der sozialen Interessen und der Erhaltung der kulturellen Tradition der Heimatvertriebenen widmen.

177. Der Lastenausgleich ist eine Verpflichtung der Bestehenden, die Kosten für den gemeinsamen verlorenen Krieg tragen zu helfen.

178. Der Schutz der großen Vermögen durch Steuerabzugsmöglichkeiten und Berücksichtigung erlittener Schäden wird abgelehnt.

179. Die öffentlichen Haushalte müssen aus dem Lastenausgleich herausgenommen werden, damit ihre sozialen Aufgaben nicht gefährdet werden.

180. Das Lastenausgleichsgesetz, das diesen Forderungen nicht entspricht, hat die SPD abgelehnt. Sie wird bei der Durchführung dieses Gesetzes dafür sorgen, daß die Hilfsmaßnahmen für die Geschädigten zweckmäßig und beschleunigt wirksam werden. Sie strebt eine baldige Verbesserung des Gesetzes an.

181. Die Darlehensgewährung zum Aufbau einer gesicherten Existenz darf nicht vom Vermögensnachweis oder der Schadenshöhe abhängig gemacht werden.

182. Als vordringliche Aufgaben sind zu finanzieren: Die Hausrentenwürdigung, die Wiederbeschaffung von Wohnraum und die produktive Eingliederung in Wirtschaft und Gesellschaft.

183. Die Mittel für diese Entschädigungen sind durch eine zielbewußte Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich Wert für die Geschädigten und für die Volkswirtschaft hat.

Für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft

184. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich erneut zu der Verpflichtung, den Kriegsgeschädigten und ihren Angehörigen, den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege und den Opfern nationalsozialistischer Verfolgungen die Hilfe des Staates in größtmöglichem Maße zuteil werden zu lassen.

Steht jetzt unter Sozialpolitik

185. Deshalb erhebt sie folgende Forderungen: Einen Ausbau des Bundesversorgungsgesetzes mit Anpassung der Renten an die erhöhten Preise und Nichtanrechnung der Grundrenten auf andere Sozial- und Rentenleistungen.

186. Einen verstärkten Ausbau der Berufs- und Heilfürsorge.

187. Ein fortschrittliches Schwerbeschädigtengesetz mit einem ausreichenden Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte.

188. Wirksame Hilfe bei der Schul- und Berufsausbildung der ohnehin und wehlichen Kinder der Kriegsofer.

189. Oberstes Ziel aller Maßnahmen muß die wirtschaftliche Eingliederung der Schwerbeschädigten sein.

190. Die Wiedergutmachung des von Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Eine ohne Feilschen als Ehrenschild geleistete Wiedergutmachung wird beweisen, daß, das deutsche Volk die in seinem Namen begangenen Verbrechen verurteilt.

Abschnitt 100 und 191 jetzt unter „Die Ehrenschild des deutschen Volkes“ im Hauptteil Innenpolitik

191. Ein Bundeswiedergutmachungsgesetz muß die Zersplitterung des Wiedergutmachungsrechts beseitigen. Ausreichende Mittel sind bereitzustellen, um die in den Landesgesetzen vorgesehenen und jahrelang verzögerten Entscheidungen und Hilfen endlich zu leisten. Die von den Nationalsozialisten gemäßigten Angehörigen des öffentlichen Dienstes sind bevorzugt wieder einzustellen. Unbillige Härten, die sich aus der schändlichen Restitutionsgesetzgebung der Alliierten ergeben haben, hat der Staat auszugleichen. Die Wiedergutmachungsleistungen an die Überlebenden des jüdischen Volkes haben den Vorrang vor der Rückzahlung von Auslandschulden.

Jugend / Familie / Erziehung

Das Recht der Jugend

192. Die Verwirklichung der Ziele sozialdemokratischer Politik wird der Jugend den Weg zur Erfüllung ihrer Aufgaben im demokratischen Staat, in Wirtschaft und Gesellschaft offnen. Die Jugend ist vorz Krieges und seinen Folgen besonders schwer getroffen. Deshalb hat sie Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer besonderen Lage Rechnung tragen.

Dieser Teil bildet jetzt den Schluß des Programms

193. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird deshalb das folgende Mindestprogramm durchführen:

194. Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeits- und Wohnplätzen.

195. Außerordentliche Berufsausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

196. Neuschaffung von Lehrstellen in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

197. Erschließung neuer Lehr- und Arbeitsstellen für die weibliche Jugend.

198. Einbeziehung der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung.

199. Einbeziehung der Arbeiter unter 20 Jahren in den gesetzlichen Kündigungsschutz.

200. Bundesgesetze über Berufsausbildung und Jugendarbeitschutz.

201. Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, sind öffentliche Mittel bereitzustellen.



202. Für die Förderung der Jugendverbände, des internationalen Jugenddeutsches, der Jugendberührung, des Jugendwanderns, des Jugendbergschwerges und des Sports;

203. Für die Jugendkulturringe und die der Jugend dienenden Heim- und Abendvolkshochschulen;

204. Für den Ausbau von Jugendheimen, Wanderbüchereien und der Lesestuben;

205. Für den Bau von Jugendheimen;

206. Im Bund, in den Ländern und Gemeinden muß die Zerspaltung der Jugendfördernden Maßnahmen beseitigt werden.

Frau und Familie

207. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit jeher für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die gesetzliche Gleichstellung der Frau eingetreten. Diese Forderung ist im Grundgesetz der Bundesrepublik anerkannt. Die SPD fordert eine Reform des Eherechts und die Beseitigung der Ausnahmestimmungen für die weiblichen Beamten.

208. Die Frau muß ein Recht auf ihren Arbeitsplatz haben sowie Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Löhne und Gehälter sollen lediglich durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers bestimmt werden. In den Tarifverträgen darf es keine „Frauenlöhne“ mehr geben. Die sogenannten „typischen Frauenarbeiten“ müssen neu bewertet werden, da ihre gegenwärtige Bezahlung ihrem Wert nicht entspricht.

209. In ihrem Arbeitsbereich muß die Frau dieselben Aufstiegsmöglichkeiten haben wie der Mann. Frauen müssen mehr als gleichen Ämtern, in Verwaltung und Gesetzgebung herangebildet werden.

210. Die SPD erstrebt eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der keine Mutter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein soll, einen Erwerb nachzugehen. Die Arbeitsschutzgesetzgebung muß der besonderen Aufgabe der arbeitenden Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerkschaften an der Frauen mit Betriebs erfahrung beteiligt sein müssen, soll die Anwendung dieser Gesetze ständig kontrolliert werden.

211. Ein ausreichender Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen, auch für die Beamtinnen und Selbstständigen, ist dringend nötig. Auch eine gleichwertige Fürsorge für alle nichtberufstätigen Frauen ist erforderlich.

212. Durch Einrichtung von Kindergärten, Kinderhorten, Kinder- und Müttererholungsheimen müssen die arbeitenden Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung geschützt werden.

213. Nur der Erfolg der sozialdemokratischen Politik sichert die Möglichkeit ausreichender Maßnahmen für den Bestand der Familie: Staatliche Kinderbeihilfen, Mütter- und Säuglingschutz, eine sozial gerechte Lohngestaltung und eine Politik der Vollbeschäftigung.

214. Beim Wohnungsbau muß auf die Bedürfnisse rationaler Haushaltsführung und neuzeitliche Hygiene Rücksicht genommen werden. Alle Neubauvorhaben sollen einen bestimmten Teil von Kleinstwohnungen für Alleinstehende vorsehen.

215. In der Ehe- und Sozialgesetzgebung muß die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit angesehen werden. Im Falle von Krankheit oder Erholungsurlaub der Hausfrau müssen Heimbeihilfen aus Mitteln der Sozialversicherung bereitgestellt werden.

216. Die SPD fordert die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen, vor allem im Interesse alleinstehender Mütter. Sie fordert die Einrichtung öffentlicher Eheberatungsstellen.

217. Die Erziehung in Elternhaus und Schule, in der Erwachsenenbildung und durch Presse und Rundfunk muß erreichen, daß Männer und Frauen die Gleichberechtigung als Selbstverständlichkeit empfinden.

Erziehung zu Freiheit und Toleranz

218. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert für alle Staatsbürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und der Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die diese Grundsätze auch für sich als verpflichtend anerkennen. Sie müssen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes leiten.

Dieser Teil erheblich erweitert; steht jetzt am Beginn des neuen Teils Kulturpolitik

219. Es soll volle Freiheit der Lehre, der Verkündigung und der Ausübung jeder Religion und Weltanschauung herrschen. Die SPD wendet sich gegen den Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken.

220. Die SPD fordert eine Schule, in der ohne Unterschied der Konfession die deutsche Jugend gemeinsam im Geiste der Toleranz und der gegenseitigen Achtung erzogen wird. Schule und Hochschule sollen der deutschen Jugend die ständige Verpflichtung nahebringen, die sie dem Volke, den Idealen der Demokratie und der Völkerverständigung gegenüber hat.

221. Die konfessionelle Erziehung geschieht im Religionsunterricht, der nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt wird. Sie bleibt darüber hinaus Sorge der Eltern und der Religionsgemeinschaften.

222. Das Schulwesen ist so zu gestalten, daß es die Kinder aus allen Gesellschaftsschichten vertritt und jedem Kinde, unabhängig von seiner sozialen Lage, die ihm gemäßige Bildung ermöglicht. Die SPD fordert allgemeine Schulpflicht und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen für die über das achte Schuljahr hinausgehende Schulzeit. Sie fordert die Einführung eines neunten Schuljahres.

223. Es sind Bildungswege zu eröffnen, die jedem für das wissenschaftliche Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen möglich machen.

224. Für die Volksschule müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Der Lehrermangel muß behoben werden durch die Vermehrung der Planstellen und durch Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Volksschullehrerschaft, insbesondere der Junglehrer. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Die beschleunigte Durchführung und Erweiterung der Schulbauprogramme ist notwendig.

225. Die Berufsschule soll der Vertiefung des Fachwissens dienen und zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulpflichtgesetze sollen die Einrichtung von Berufsschulen den Kreisen und Gemeinden zur Pflicht machen. Die Schulzeit soll wöchentlich mindestens zwölf Stunden betragen.

226. Die Lehrer sollen an Hochschulen in mindestens sechs Semestern ausgebildet werden.

227. Die SPD fordert die öffentliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung der freien Erwachsenenbildung. Sie sieht die Erziehung zur Demokratie als Hauptaufgabe der Volkshochschule an und verlangt die gesetzliche Förderung und Sicherung ihrer mitbürgerlichen Arbeit.

228. Die Freiheit der Meinungsäußerung verlangt, daß alle Bestimmungen beseitigt werden, die den legalen Zugang der Presse zu den notwendigen Informationen behindern. Für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Presserfreiheit genügen die Strafgesetze.

229. Schmutz und Schund in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Eine gute Schule und menschenwürdige Lebensbedingungen sind der beste Schutz gegen minderwertige Literatur. Umlässiger Aufbau und Ausbau des öffentlichen Bücherwesens auf gesetzlicher Grundlage betrachtet die SPD als eine in naher Zukunft zu lösende Aufgabe, die Gemeinden und Ländern gemeinsam gestellt ist.

230. Der Rundfunk muß eine öffentliche Einrichtung bleiben. Er darf nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung — auch nicht der Regierung — werden. Für eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik ist Sorge zu tragen.

Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennet sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes leiten.

Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre herrschen. Die SPD wendet sich gegen Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken.

Die SPD sieht folgende kulturpolitische Aufgaben als vordringlich an:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sollen ideell und materiell großzügig gefördert werden. Die in Jahrtausenden geschaffenen Schätze der Wissenschaft und Kunst sollen allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Die deutsche Jugend soll in den Schulen und Hochschulen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geiste der gegenseitigen Achtung zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen werden.

Der Religionsunterricht wird nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt. Darüber hinaus bleibt die konfessionelle Erziehung Angelegenheit der Eltern und Religionsgemeinschaften.

Das Schulwesen ist so zu gestalten, daß es alle Kinder in einem organisch vernetzten Schulsystem von jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Lage, eine Schulbildung ermöglicht, die seiner Veranlagung entspricht. Deshalb ist die Schulpflicht und Lernmittelfreiheit allgemein einzuführen; ausreichende Erziehungsbeihilfen sind zu gewähren.

Die als Kriegsfolge entstandene Schulraumnot ist durch ein großzügiges Schulbauprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden schnellstens zu beseitigen. Es ist an Dringlichkeit dem sozialen Wohnungsbau gleichzusetzen.

Im Interesse des pädagogischen Fortschritts werden Versäulungsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen gefördert.

Die Mitbestimmung der Eltern in der Schülerziehung und eine Schülerverwaltung sind an allen Schulen sinnvoll auszubauen.

Für die gegenwärtige Volksschule müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Der Lehrermangel muß durch Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Volksschullehrer, insbesondere der Junglehre, behoben werden. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Das neunte Schuljahr ist allgemein einzuführen. Es ist anzustreben, daß für Schüler derselben Altersstufe Klassenstärke, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stand der gegenwärtigen Mittel- und Oberschule angeglichen werden.

Die berufsbildende Schule soll der Vertiefung des Fachwissens dienen und zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulgeseetze sollen die Einrichtung von öffentlichen Berufsschulen den Ländern, Kreisen und Gemeinden zur Pflicht machen. Die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens zwölf Stunden betragen.

Die Lehrer aller Schulkarten sollen an Hochschulen in mindestens sechs Semestern ausgebildet werden. Ihre pädagogische Ausbildung ist gleichwertig zu gestalten. Die für die Lehrerfortbildung und den Lehreraustausch mit dem Ausland bestehenden Einrichtungen sind zu erweitern.

Eine umfassende Hochschulreform wird angestrebt. Die studierende Jugend soll an den Hochschulen nicht nur ihre Fachausbildung, sondern auch eine Allgemeinbildung erhalten, die es ihr ermöglicht, den Zusammenhang zwischen ihren fachlichen Aufgaben und dem sozialen Ganzen zu erkennen.

Die volle Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ist anzustreben. Der wissenschaftliche Nachwuchs an allen Hochschulen ist finanziell zu sichern.

Es sind über die bestehenden Bildungswege hinaus weitere Möglichkeiten zu eröffnen, die jedem für das wissenschaftliche, künstlerische und technische Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen gestatten.

Die freie Erwachsenenbildung muß öffentlich anerkannt und finanziell unterstützt werden. Die Erziehung zur Demokratie ist die Hauptaufgabe der Volkshochschule. Ihre Arbeit ist gesetzlich zu fördern und zu sichern. Schenken und Stipendien in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Eine gute Schule, menschenwürdige Lebens-

bedingungen und der umfassende Aufbau und Ausbau des öffentlichen Bildungswesens auf gesetzmäßiger Grundlage sind der beste Schutz gegen minderwertige Literatur. Die Freiheit der Meinungsäußerung verlangt, daß die Presse legalen Zugang zu den notwendigen Informationen erhält. Für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit genügen die geltenden Strafgesetze.

Der Rundfunk muß eine öffentliche Einrichtung bleiben. Er darf nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung, auch nicht der Regierung sein. Für eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik ist zu sorgen.

Frau und Familie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stets für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten eingetreten. Sie setzt sich um für eine Reform des Erbrechtes und für die Beseitigung der Ausnahmestimmungen gegen die weiblichen Beamten. Sie erstrebt auch für die Frau das Recht auf einen Arbeitsplatz und Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen anprechen.

Löhne und Gehälter sind nur durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmer zu bestimmen. Die angeblich „typischen Frauenarbeiten“ müssen neu und gerecht bewertet werden.

Frauen müssen in ihrem Arbeitsbereich dieselben Aufstiegsmöglichkeiten haben wie Männer und mehr als bisher für Mitarbeit in Verwaltung und Gesetzgebung, auch in leitenden Regierungsstellen, herangezogen und ausgebildet werden.

Keine Mütter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder sollte aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein, einen Erwerb nachzugehen. Die Arbeitsschutzgesetzgebung muß der besonderen Lage der Frau und Mutter Rechnung tragen.

Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der viel stärker als bisher Frauen mit Betriebsleitung beteiligt sein müssen, soll die Anwendung dieser Gesetze wirksam kontrolliert werden. Die SPD erstrebt einen wirklich ausreichenden gesetzlichen Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen, unter Einbeziehung der Beamtinnen und Selbständigen sowie gewerkschaftliche Hilfe für alle nicht berufstätigen Frauen. Sie fordert staatliche Kinderbeihilfen und eine ausreichende Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Kinderkrippen, Kinderhorte, Kinderkrippen, Kinder- und Müttererholungsheime werden die Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung schützen.

Der Wohnungsbau muß auf die Bedürfnisse eines gesunden Familienlebens Rücksicht nehmen und den Anforderungen rationeller Haushaltsführung mit neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Bei Neubauvorhaben soll ein bestimmter Teil von Kleinstwohnungen für Alleinstehende vorgesehen werden.

Im Erwerbs- und in der Sozialgesetzgebung muß die Hausfrauarbeit als Berufstätigkeit bewertet werden. Bei Schwangerschaft, Krankheit und Kuraufenthalt der Hausfrau müssen Heimhilfen bereitgestellt werden. Die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen, vor allem im Interesse alleinstehender Mütter, sowie die Einrichtung kommunaler Erbeberatungsstellen sind zu fördern.

Nur die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen auf der Grundlage einer gerechten Lohngestaltung und einer Politik der Vollbeschäftigung sichern den Bestand von Ehe und Familie und gewähren ihren Kindern Schutz.

Das Recht der Jugend

Die Jugend ist vom Krieg und seinen Folgen besonders schwer getroffen. Sie hat Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer außergewöhnlichen geistigen und materiellen Not Rechnung tragen. Als wesentlichen Teil eines umfassenden sozialdemokratischen Jugendplanes wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die folgenden Mindestforderungen vorzüglich verwirklichen:

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot

Durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum. Durch Vermehrung der Berufsausbildungsmöglichkeiten für die männliche und weibliche Jugend in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

Schutz der arbeitenden Jugend

Durch Verabschiedung eines Jugendarbeitschutzgesetzes, in dem ausreichender Urlaub für Jugendliche gewährleistet wird.

Durch ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz.

Durch Erweiterung des Kündigungsschutzes unter Einbeziehung der Arbeitnehmer unter 20 Jahren.

Durch Aufnahme der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung.

Förderung des Gemeinschaftslebens

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, sind ausreichende öffentliche Mittel bereitzustellen für die Arbeit der Jugendverbände,
für die politische Bildungsarbeit der Jugend,
für den internationalen Jugendaustausch,
für den Auf- und Ausbau von Jugendheimen,
für die Jugenderholung,
für Jugendwandern und für Jugendherbergen,
für die Förderung des Sports,
für die kulturellen Einrichtungen der Jugend,
für die Förderung des Jugendschrittturns.
Die SPD wird der jungen Generation mit der Durchführung ihres Programmes ihren Platz im Leben von Volk und Staat erkämpfen helfen. Sie wird bei Wahlen für die Aufstellung junger Kandidaten sorgen. Sie wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben jüngeren Kräften ein größeres Maß an Einfluß und Verantwortung zu übertragen. Sie wird geeignete Nachwuchskräfte als Mitarbeiter verantwortlicher Persönlichkeiten berufen, um ihnen die Chance der Bewährung zu geben und der Amterhaltung entgegenzuwirken. Die junge Generation aber wird ihren Platz nur dann ausfüllen können, wenn sie ihre verantwortliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennt und bereit ist, an ihrem eigenen Schicksal und ihrer Zukunft gestaltend mitzuarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft das deutsche Volk auf, sich für die in ihrem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen. Von der Zustimmung des Volkes hängt die Verwirklichung dieses Programms ab.
In ihrem Kampf läßt sich die SPD von den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus leiten, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 beschlossen wurden:

Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ablehnt, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des Einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.